

# Spektrum

ZUSAMMENGESTELLT VON  
JOHANNES THOMAS

## EADS: Ende der deutsch-französischen Doppelspitze?

Während deutsche Politiker und Diplomaten EADS als besonders gelungenes Beispiel der deutsch-französisch-europäischen Industriepolitik priesen, strebte der bisherige Airbus-Chef und jetzige französische Ko-Präsident der EADS, Noël Forgeard, mit Unterstützung aus dem Élysée-Palast ganz offen die Abschaffung der deutsch-französischen Doppelspitze zugunsten einer rein französischen Lösung an. Die unmittelbare Durchsetzung dieses Wunsches scheiterte allerdings daran, dass DaimlerChrysler sich beharrlich diesem Begehren widersetzte. Eine Prüfung des von Forgeard betriebenen Zusammengehens von EADS mit dem französischen Rüstungselektronik-Konzern Thales, der die französische Dominanz und damit das Ende der Doppelspitze bei EADS bedeuten würde, konnte DaimlerChrysler allerdings nicht verhindern (siehe „Le Figaro“, 10.3.2005). Ob es zu einem solchen Zusammenschluss kommt, ist allerdings derzeit noch nicht sicher, da Thales sich gegen diesen auch von der Politik getragenen Fusionswunsch noch sträubt.

Nach dem Wechsel an der Spitze bei DaimlerChrysler von Jürgen Schrempp zu Dieter Zetsche geht man nun allenthalben davon aus,

dass DaimlerChrysler von sich aus den Franzosen freie Bahn lässt und sich von seinem knapp 7 Milliarden schweren Engagement bei EADS trennt (siehe „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 23.8.2005).

## Vorfahrt für die Arbeitsmarktpolitik

Schon bei einem seiner ersten Auftritte vor der Nationalversammlung hat der neue Premierminister *Dominique de Villepin* angekündigt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt seiner Politik zu stellen. Hierzu wolle er 4,5 Milliarden Euro zusätzlich einsetzen und zu deren Finanzierung die von *Jacques Chirac* versprochene Senkung der Einkommensteuer aussetzen. Erfreulicherweise verzeichnete nun Frankreichs Arbeitsmarkt, noch bevor das angekündigte arbeitsmarktpolitische Programm vorgestellt wurde, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 1,4 auf 10,1 Prozent. Es war der stärkste Rückgang seit vier Jahren. Experten führen ihn darauf zurück, dass nun endlich das Programm des „sozialen Zusammenhaltes“ („*cohésion sociale*“) greife, das Arbeitsminister *Jean-Louis Borloo* ins Leben gerufen hatte, nachdem die Mitte-Rechts-Regierung 2002 das von der früheren sozialistischen Regierung *Jospin* ins Werk gesetzte Arbeitsprogramm für Jugendliche („*emploi-jeunes*“) gestrichen hatte. In der Tat ist die Zahl der Jugendlichen, die in den Genuss von „Solidaritätsarbeitsverträgen“ („*contrats emploi solidarité (CES)*“; geltend für den nicht-privatwirtschaftlichen Bereich) gekommen sind, rapide auf jetzt 123 000 angestiegen. Auf das CES-Programm folgen die Verträge, die begleitend zu einer Beschäftigung führen sollen („*contrats d'accompagnement vers l'emploi*“ (CAE)) und für eine Tätigkeit bei kommunalen Einrichtungen und Schulen vorgesehen sind. Damit sollen 100 000 Jugendliche eine Arbeit finden („*Le Figaro économie*“, 30./31.7.2005).

Derartige Arbeitsbeschaffungsprogramme machen natürlich die angekündigten ar-

beitsmarktpolitischen Maßnahmen, die de Villepin am 2. August vorgestellt und als Eilprogramm ohne Debatte in der Nationalversammlung in Kraft gesetzt hat, keineswegs überflüssig. Die Eile wurde insbesondere damit begründet, dass in Frankreich mehr als 20 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit sind. Ein Kernpunkt der Maßnahmen betrifft Erleichterungen für die kleinen und mittleren Unternehmen (PMU), die mit 2,4 Millionen angeschlossenen Betrieben das Gros der französischen Firmen stellen. Sie haben seit langem versprochen, mehr Mitarbeiter einzustellen, wenn die Kündigungs- und Einstellungsregeln für Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten gelockert würden. Auf diesen Wunsch ist die Regierung nun eingegangen. Kleinbetriebe dürfen ab jetzt Arbeitsverträge schließen, die innerhalb der ersten zwei Jahre jederzeit ohne Angabe von Gründen fristlos gekündigt werden können („contrats nouvelle embauche“). Außerdem gibt es für solche Betriebe, die junge Arbeitssuchende unter 26 Jahren einstellen, eine Steuerprämie von 1 000 Euro. Schließlich wird auch das Militär 40 000 Jugendlichen unter 21 Jahren eine nichtmilitärische Ausbildung anbieten. Zur Förderung der Beschäftigung von über 50-Jährigen, die in einem ähnlich großen Umfang wie die Jugendlichen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wurde bei Ausschreibungen für den öffentlichen Dienst die Altersbeschränkung gestrichen.

Die Meinungen der Experten hinsichtlich der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt sind zwar gespalten, aber die Erfolge, die Spanien mit solchen Programmen erzielt hat, sind doch eher ermutigend. Ausschließlich mit Kritik haben erwartungsgemäß die Gewerkschaften reagiert, die nicht ganz zu Unrecht beklagen, dass über den Beschäftigten mit solchen Verträgen zwei Jahre lang das Damoklesschwert der fristlosen Kündigung schwebt („Le Figaro économie“, 3.8.2005)

### **Frankreich schützt Industrie von „strategischer“ Bedeutung**

Die französische Regierung hat am 31. August 2005 bestätigt, dass sie sich auf einen Erlass geeinigt hat, der französische Firmen vor ausländischer Übernahme schützen soll. Zu den geschützten Bereichen zählen die Spielkasinos (im Namen des Kampfes gegen die Geldwäsche), die Sicherheit, die Rüstungsindustrie, die Biotechnologien, die Produktion von Impfstoffen, die Kommunikationsindustrie und überhaupt der ganze Bereich der digitalen Technologien. Die Modalitäten der staatlichen Intervention sollen in den nächsten Wochen präzisiert werden. Es geht hier also nicht einfach um die Umsetzung der europäischen Direktive zu feindlichen Übernahmen. Vielmehr betreffen die französischen Maßnahmen große ebenso wie kleine Firmen unabhängig davon, ob sie an der Börse gehandelt werden und unabhängig auch vom Wunsch der Eigentümer. Betroffen sein werden von diesen Schutzmaßnahmen auch große Konzerne, bei denen nur eine oder zwei Abteilungen von der neuen Liste erfasst werden, so etwa Alcatel wegen der Satellitensparte. Begründet wird diese neue „exception française“ mit dem fadenscheinigen Argument, es gehe um die „Sicherheit des Territoriums“.

Erstaunlicherweise findet sich in der Liste nicht der Bereich der Nahrungsmittelindustrie, obwohl die politischen Aufgeregtheiten selten so hohe Welle schlugen wie in diesem Sommer, als sich mehr oder weniger die ganze politische Klasse zur Verteidigung vor Danone aufstellte, weil irgendjemand das Gerücht in die Welt gesetzt hatte, PepsiCo wolle Danone übernehmen.

Die Brüsseler Kommission wird die neuen französischen Vorschriften prüfen, da der begründete Verdacht besteht, dass sie gegen Gemeinschaftsrecht verstoßen. Insbesondere die Industrien, die nicht unmittelbar zum strategisch-militärischen Bereich zählen, dürfen nicht durch nationale Gesetzge-

bung gegen Übernahmen geschützt werden. Spätestens dann, wenn die Vorschriften vor dem Europäischen Gerichtshof landen, wird das aller Voraussicht nach ein weiteres Mal festgestellt werden.

Aber auch führende Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer Frankreichs sehen diesen neuerlichen gesetzgeberischen Aktivismus nicht unkritisch. Für den Wirtschaftsfachmann *Elie Cohen* etwa ist die Liste innovationsfeindlich, denn welcher Investor werde sein Geld in ein Unternehmen stecken wollen, wenn er befürchten müsse, später seine Beteiligung nicht mehr verkaufen zu

dürfen. *Michel Pébereau*, Präsident der Großbank BNP Paribas, prangerte „die unrealistische und konservative Utopie des ‘Frankreich den Franzosen’ an, womit man „der Zukunft den Rücken zuwende“. Ein „patron“, der anonym bleiben wollte, beschuldigte Frankreich, laut zu applaudieren, wenn ein französisches Unternehmen ein ausländisches (oder etwa auch ein deutsch-französisches) schlucke, aber Zeter und Mordio zu schreien, wenn die Möglichkeit bestehe, dass ein ausländisches ein französisches Unternehmen übernehme („Le Monde“, 2.9.2005).